

## SCHÖNTALER ERKLÄRUNG

### MODERNE SICHERHEIT FÜR EIN MODERNES LAND

#### **Ein starker Staat bedeutet Sicherheit für die Menschen – nach innen und nach außen**

Die Menschen in Baden-Württemberg wollen Sicherheit und sie haben ein Recht auf Sicherheit. Allerdings stehen die innere Sicherheit, unsere Demokratie und unsere Art des Zusammenlebens durch vielfältige Herausforderungen von innen und außen unter Druck. Deshalb setzen wir auf einen starken und konsequenten Staat gegen Kriminelle, gegen die Feinde unseres Staates und unserer Demokratie. Dabei gilt immer, dass Freiheit und Sicherheit zwei Seiten einer Medaille sind: Nur in einem Staat, der Sicherheit gibt, können die Menschen ihr Leben in Freiheit gestalten. Diesem Sicherheits- und Freiheitsversprechen fühlen wir uns als Christdemokratinnen und Christdemokraten zutiefst verpflichtet.

#### **Eine wirkliche Zeitenwende schaffen**

Die Zeitenwende, die der EU-Mitgliedsstaat Estland bereits 2007 mit dem russischen Cyberangriff auf seine kritischen Infrastrukturen spürte, Georgien seit 2008 durch den russischen Krieg in die Dreiteilung führte, die Ukraine seit 2014 mit Krieg überzieht oder auch Taiwan vor ungeahnte Entwicklungen hinsichtlich seiner Selbstbestimmung vor einem zunehmend aggressiveren China stellt, ist seit dem 24. Februar 2022 mit dem russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine nun auch in Deutschland vollständig realisiert worden.

Wir müssen den Menschen sagen, dass eine Niederlage der Ukraine zum Ende der Friedensordnung in Europa führt, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zur Sicherheit und Stabilität beigetragen hat.

Auch deshalb unterstützt die CDU Baden-Württemberg uneingeschränkt den Freiheitswillen der ukrainischen Bevölkerung und das Existenzrecht der Ukraine in seinen legitimen völkerrechtlichen Grenzen von 1991.

Gleichzeitig fordern wir die Bundesregierung auf, sicherzustellen, dass

- Deutschland seinen Verpflichtungen innerhalb der NATO uneingeschränkt nachkommen kann.
- die Bundeswehr personell, materiell und finanziell angemessen ausgestattet wird.
- mit den Partnern in der EU die gemeinsame europäische Verteidigungspolitik weiterentwickelt und die Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern stärker als bisher europäisch verzahnt ist.

34 Um die Ukraine als wertegeleitete Demokratie auch für die Zeit nach dem Krieg zu  
35 stabilisieren, befürworten wir sowohl die Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen  
36 Union sowie in der NATO und sind bereit, hierfür die Ukraine in jeder Hinsicht bei der  
37 Erfüllung der dafür notwendigen Kriterien zu unterstützen.

38 Zugleich danken wir den baden-württembergischen Kommunen und Landkreisen für die  
39 beeindruckende Integrationsarbeit und den Menschen in unserem Land für die  
40 Aufnahmebereitschaft, die zunehmend an Grenzen stößt.

41 Die Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt, wie wichtig ein  
42 starkes Europa für unsere Sicherheit ist. Die Bewältigung der zahlreichen Kriegsfolgen  
43 zeigt zudem auch, dass die Europäische Union in vielen Bereichen – militärisch,  
44 wirtschaftlich, technologisch – noch handlungsfähiger werden und international mehr  
45 Verantwortung übernehmen und ihre Interessen selbst vertreten muss. Hierbei ist auch  
46 Deutschland gefordert, das als stärkste Volkswirtschaft und bevölkerungsreichstes Land in  
47 der Europäischen Union mehr Verantwortung übernehmen muss. Wir wollen, dass  
48 Deutschland wieder eine gestalterische Rolle in Europa einnimmt und europaweit für  
49 Vertrauen, Partnerschaft und Geschlossenheit wirbt.

#### 50 **Mehr Sicherheit überall und jederzeit**

51 Recht und Ordnung sind Grundfeste unseres Staates. Dazu gehört, dass deren  
52 Wesenselemente – wie Mehrheits- und Konsensprinzip, der Minderheitenschutz, die  
53 pluralistische Meinungsvielfalt und die Gewaltenteilung – vermittelt und auch gelebt  
54 werden müssen. In diesem Wechselspiel haben sowohl der Einzelne als auch der Staat  
55 jeweils eine Verantwortung, beide tragen Rechte und Pflichten.

56 Wir stehen für Recht und Ordnung und dafür sorgen wir. Für uns ist klar, dass es  
57 rechtsfreie Räume in unserem Land nicht geben darf. Kriminelle Strukturen, die unser  
58 gesellschaftliches System ausnutzen, müssen aufgebrochen werden. Jeder Straftat  
59 begegnen wir mit Konsequenz. Hierfür stärken wir im Land weiterhin die Justiz personell  
60 und finanziell. Auf Bundesebene müssen diese Anstrengungen auch unternommen  
61 werden. In diesem Zusammenhang sollte auch der Pakt für den Rechtsstaat und der  
62 Digitalpakt fortgesetzt werden.

63 Vor dem Hintergrund der Silvesterausschreitungen begrüßen wir ausdrücklich die  
64 Durchführung von beschleunigten Verfahren wie jüngst in Heilbronn, wo ein Randalierer  
65 vier Tage später zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt wurde. Solch eine  
66 Konsequenz wünschen wir uns überall, auch in Berlin. Vor allem bei jungen Straftätern ist  
67 es entscheidend, schnell und konsequent zu handeln, um Kriminalitätskarrieren zu  
68 durchbrechen oder erst gar nicht entstehen zu lassen. Wichtige Bausteine hierfür sind die  
69 Häuser des Jugendrechts, bei denen alle Institutionen des Jugendstrafverfahren vor Ort

70 zusammengeführt werden und unsere beiden Jugendarrestanstalten in Baden-  
71 Württemberg, die Vorbildcharakter für das ganze Bundesgebiet haben.

72 Den Rechtsstaat zu stärken erfordert auch Präventionsarbeit bei Kindern und  
73 Jugendlichen. Mit dem von der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg  
74 angestoßenen Projekt „Rechtsstaat macht Schule“ macht unser Bundesland einen  
75 wichtigen Schritt in der Vermittlung der Grundlagen und der Wichtigkeit unseres  
76 Rechtsstaats bei Schülerinnen und Schülern. Dieser Weg muss weiter intensiv verfolgt  
77 werden.

78 Die Silvesterausschreitungen, wie vor allem in Berlin, haben deutlich vor Augen geführt,  
79 wie wichtig es ist, dass wir unsere Polizei personell und materiell weiter stärken und hinter  
80 unseren Polizistinnen und Polizisten stehen, die täglich Leib und Leben für unsere  
81 Sicherheit riskieren. Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass wir solche Bilder in  
82 Baden-Württemberg nicht sehen; wir sorgen dafür, dass der Polizei mit Wertschätzung  
83 und Dankbarkeit und nicht mit Misstrauen begegnet wird.

84 Bei den Berliner Ausschreitungen war es keine „Partyszene“, die für die Krawalle  
85 verantwortlich war; es ist dort auch nicht schlicht etwas aus dem Ruder gelaufen. Es war  
86 vielmehr ein gezielter und gewollter Angriff auf den Staat, auf die Polizei, die Feuerwehr  
87 und den Rettungsdienst. Wer Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettung mutwillig  
88 in Gefahr bringt, muss sofort die volle Härte des Rechtsstaates zu spüren bekommen.

89 Das Verhalten von Kriminellen sollte jedoch nicht dazu führen, dass auch die vielen  
90 Menschen, die friedlich feiern, deutschlandweit mit einem generellen Feuerwerksverbot  
91 bestraft werden. Das Feuerwerk ist nicht die Ursache für diese Ausschreitungen.

92 Wir müssen das Vertrauen in den Rechtsstaat stärken und die Wehrhaftigkeit des Staates  
93 gewährleisten. In festgelegten Grenzen muss die Technik genutzt werden können, die zur  
94 Kriminalitätsbekämpfung notwendig ist. Datenschutzinteressen müssen mit wirksamen  
95 Maßnahmen der Kriminalitätsbekämpfung verantwortungsvoll abgewogen werden.  
96 Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden. Wir setzen uns deshalb beispielsweise für  
97 die Gewährleistung einer möglichst lückenlosen Videoüberwachung an bestimmten Orten  
98 durch mehr Videokameras in der Öffentlichkeit ein.

99 Die letzten gewalttätigen Auseinandersetzungen zeigen, wie zerbrechlich die Sicherheit in  
100 den Städten und Gemeinden sein kann. Wir dürfen nicht zulassen, dass von wenigen das  
101 Vertrauen einer ganzen Gesellschaft in den gefahrlosen Aufenthalt an öffentlichen Plätzen  
102 und in unser Rechtssystem zerstört wird. Öffentliche Räume, als Flächen der  
103 Begegnungen, müssen sicher und für alle Menschen zugänglich sein.

104 Wir setzen uns in Baden-Württemberg dafür ein, dass unsere Einsatzkräfte mit der  
105 bestmöglichen Ausrüstung ausgestattet werden, um sich zum einen vor möglichen  
106 Gefahren optimal zu schützen, und zum anderen um auf Augenhöhe ermitteln zu können.

107 So sollte zum Beispiel deutschlandweit der Einsatz von Bodycams und sogenannten  
108 Dashcams in Einsatzfahrzeugen ausgebaut werden, damit Kriminelle schnell ermittelt und  
109 mit der gebotenen Härte vom Gericht bestraft werden können.

#### 110 **Extremismus und Antisemitismus bekämpfen**

111 Konflikte, Krisen und Kriege wirken sich in einer globalisierten Welt auch direkt bei uns in  
112 Baden-Württemberg aus. Sie stellen unsere Gesellschaft, vor allem aber auch unsere  
113 Sicherheitsbehörden, vor große Herausforderungen.

114 Die Corona-Pandemie und der Krieg in der Ukraine haben zu einer Zunahme von Aufgaben  
115 geführt, die auch den polizeilichen Staatsschutz und das Landesamt für Verfassungsschutz  
116 (LfV) stark beanspruchen. Die Szene der Reichsbürger/Selbstverwalter hat in den letzten  
117 Jahren deutlichen Zulauf erhalten.

118 Das vergangene Jahr war geprägt von einem versuchten Tötungsdelikt an mehreren  
119 Polizistinnen und Polizisten durch einen Reichsbürger in Boxberg und von den  
120 Umsturzplänen einer Reichsbürgerbewegung. Gerade durch die Corona-Pandemie und die  
121 dadurch in Umlauf gebrachten Verschwörungsmysen bekamen Reichsbürger Zulauf von  
122 Menschen, die hinter der Pandemie eine weltweite Verschwörung sehen, hinter der  
123 angeblich auch staatliche Einrichtungen stehen und die deshalb bekämpft werden müssen.

124 Der Rechtsextremismus bleibt eine stetige und sehr ernstzunehmende Bedrohung unserer  
125 demokratischen Grundordnung. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit  
126 widersprechen unserem christlichen Menschenbild fundamental und sind Gift für unsere  
127 offene Gesellschaft. Deshalb bekämpfen wir jede Form des Rechtsextremismus mit voller  
128 Härte.

129 Gleichzeitig müssen wir den Gefahren des Linksextremismus begegnen. Die erkennbare  
130 Zunahme der Gewaltbereitschaft erfordert ein geschlossenes Vorgehen der  
131 Sicherheitsbehörden.

132 Die Gefahr durch den islamistischen Extremismus besteht fort. Generell muss für alle  
133 Extremisten klar sein: Wir sind auf keinem Auge blind und gehen konsequent gegen alle  
134 Feinde des Staates und seiner Repräsentanten vor.

135 Der wachsende Antisemitismus in unserem Land erfüllt uns mit Sorge. „Nie wieder“: So  
136 heißt das Leitmotiv unseres politischen Handelns im Kampf gegen den Antisemitismus –  
137 egal ob er von rechts oder links, aus dem islamistischen Milieu, aus dem Lager der  
138 Verschwörungstheoretiker oder im Gewand der Israel-Kritik daherkommt. Wir setzen uns

139 überall und jederzeit dafür ein, jüdisches Leben zu fördern. Jüdinnen und Juden müssen in  
140 Deutschland sicher und angstfrei leben können. Dazu sind wir ihnen verpflichtet.

141 Die zunehmende Gewaltbereitschaft und Militanz, die auch in Teilen der  
142 Klimaschutzbewegung besteht, wie beispielweise in Lützerath sichtbar wird, stimmt uns  
143 sorgenvoll. Auch diese Entwicklung erfordert ein konsequentes Vorgehen der  
144 Sicherheitsbehörden.

#### 145 **Stärkung der Spionageabwehr**

146 Nicht erst seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine werden wieder vermehrt  
147 Spionagetätigkeiten auf deutschem Boden erkennbar. Angefangen von Cyberspionage bis  
148 hin zu Gewalttaten gegen politische Gegner sind staatsgefährdende Straftaten  
149 ausländischer Geheimdienste hier in Baden-Württemberg eine ernstzunehmende  
150 Bedrohung.

151 Gerade Baden-Württemberg mit seinen innovationsstarken Wirtschaftsunternehmen muss  
152 sich vor Spionage und Sabotageaktivitäten schützen. Das gilt sowohl im Cyberraum als  
153 auch für Spionagetätigkeiten vor Ort.

154 Auch kritische Infrastrukturen wie unsere Energieversorgung, die staatlichen und  
155 kommunalen Behörden sowie die Politik sind gegen Bedrohungen von außen besonders zu  
156 schützen.

157 Vorfälle, wie jüngst beim Bundesnachrichtendienst, zeigen die aggressiven Ausspähungen  
158 ausländischer Agitatoren, die bis tief in unsere Sicherheitsarchitektur hineinreichen. Durch  
159 eine spürbare Stärkung unserer Spionageabwehr können Aufklärungs- und  
160 Ausspähungsaktivitäten ausländischer Nachrichtendienste frühzeitig erkannt und  
161 abgewehrt werden. Wir setzen uns in diesem Zuge für eine Ertüchtigung der  
162 Gegenspionage und aller weiteren Möglichkeiten geheimdienstlicher Aufklärung ebenso  
163 wie eine effiziente Bekämpfung massiver Desinformation ein.

164 Der polizeiliche Staatsschutz und das Landesamt für Verfassungsschutz haben sich im  
165 vergangenen Jahr mit großem Engagement diesen Herausforderungen gestellt. Sie haben  
166 auch weit über die Belastungsgrenzen hinaus gearbeitet, um unseren Rechtsstaat, unsere  
167 Demokratie und unser Zusammenleben zu schützen.

168 Aktuell erleben wir jedoch, dass dem polizeilichen Staatsschutz und dem Landesamt für  
169 Verfassungsschutz eine Überlastung droht, die dazu führen könnte, dass die Erledigung  
170 der notwendigen Aufgaben nicht mehr in vollem Umfang gewährleistet werden kann.  
171 Neben den umfangreichen Ermittlungen stellen auch die stark ansteigenden  
172 Datenmengen für die Auswertung eine große Herausforderung dar.

173 Wir setzen uns deshalb auch weiterhin für eine weitere personelle Stärkung, nicht nur der  
174 Polizei, sondern auch für das Landesamt für Verfassungsschutz, ein und bekennen uns klar  
175 zum Neubau des LKA Baden-Württemberg und zu einer baulichen Modernisierung des  
176 Landesamtes für Verfassungsschutz, um diese herausragenden Sicherheitsbehörden auch  
177 für die Zukunft adäquat unterzubringen und aufzustellen.

178 **Terrorismus wirksam abwehren, Sicherheitsbehörden stärken, technische**  
179 **Möglichkeiten nutzen**

180 Die Hälfte aller Terroranschläge in Deutschland konnten in den letzten Jahren nur  
181 aufgrund von Hinweisen durch ausländische Nachrichtendienste verhindert werden. Wir  
182 müssen die deutschen Sicherheitsbehörden dringend in die Lage versetzen, geplante  
183 Terroranschläge noch schneller selbst zu identifizieren und die Abhängigkeit von anderen  
184 Diensten zu verringern.

185 Die Sicherheitsbehörden benötigen alle nötigen Befugnisse und Fähigkeiten, um z. B. die  
186 Kommunikation von Terroristen über Messenger-Dienste oder den Kauf von Zutaten zum  
187 Bombenbau im Internet rechtzeitig erkennen und auswerten zu können.

188 Die von der Rechtsprechung eröffneten Handlungsspielräume im Bereich der  
189 Internetverbindungsdatenspeicherung müssen ausgeschöpft werden und die  
190 Sicherheitsbehörden müssen die Befugnis zur Online-Durchsuchung erhalten.

191 Das generelle Misstrauen der Ampel-Regierung gegenüber unseren Sicherheitsbehörden  
192 ist ein Sicherheitsrisiko für unser Land.

193 **Bundespolizei krisenfester machen**

194 Die Bundespolizei ist eine zentrale Säule der inneren Sicherheit in Deutschland. Nach einer  
195 beispiellosen Erfolgsgeschichte zur personellen Stärkung unter Bundesinnenministern von  
196 CDU und CSU setzen sich heute rund 54.000 Bundespolizistinnen und Bundespolizisten  
197 Tag für Tag für unsere Sicherheit und unser Leben in Freiheit ein.

198 Wir müssen die Bundespolizei krisenfester machen. Der Angriffskrieg Russlands gegen die  
199 Ukraine hat tiefgreifende Auswirkungen, insbesondere auch auf die innere Sicherheit.  
200 Dabei sind auch gezielte Sabotageangriffe, insbesondere gegen kritische Infrastrukturen,  
201 einzukalkulieren. In diesem Zusammenhang fordern wir zur Abwehr von Drohnen und  
202 anderen fernmanipulierten Geräten die Befugnis zum Einsatz moderner Technik wie Laser,  
203 elektromagnetische Impulse, Jamming oder GPS-Störung.

204 Die Bundespolizei benötigt insbesondere für den IT-gestützten Grenzschutz, für den Fall  
205 eines länger andauernden, flächendeckenden Stromausfalls, zur besseren Vorbereitung auf  
206 terroristische Notlagen, zur weiteren Modernisierung ihrer Hubschrauberflotte sowie zur  
207 auch künftig ausreichenden Unterstützung der Länderpolizeien eine noch bessere  
208 Ausstattung zur Steigerung der Krisenfestigkeit.

209 Die steigende Anzahl illegaler Grenzübertritte, Bedrohungen durch Extremismus und  
210 Islamismus sowie der Kampf gegen Clan-Kriminalität machen es erforderlich, dass die  
211 Rechtsgrundlagen der Bundespolizei endlich an die technische Entwicklung und die  
212 aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen und Gefahrenlagen angepasst

213 werden. Dazu gehört die Befugnis zur Telekommunikationsüberwachung sowie speziell zur  
214 Bekämpfung lebensgefährdender Schleusungskriminalität, die Befugnis zur sogenannten  
215 Quellen- Telekommunikationsüberwachung und zur Online-Durchsuchung. Wir setzen uns  
216 gegenüber dem Bund dafür ein, dass an besonders kriminalitätsbelasteten Bahnhöfen und  
217 Flughäfen die Befugnis zur Nutzung von Technik zur automatischen Gesichtserkennung  
218 erteilt werden kann, die die Arbeit der Bundespolizei erleichtert.

### 219 **Straftaten im Internet**

220 Die Straftaten im Internet nehmen seit Jahren deutlich zu. Angefangen von  
221 existenzbedrohenden Betrugsdelikten über Hass und Hetze bis hin zum dramatischen,  
222 nicht hinnehmbaren Anstieg im Bereich der Kinderpornographie.

223 Wir müssen uns mit aller Entschlossenheit gegen diese Art von Straftaten stellen. Für die  
224 Bekämpfung der Cyberkriminalität benötigen wir Fachkräfte und stehen in einem  
225 Wettbewerb mit anderen Behörden und der freien Wirtschaft.

226 Als CDU setzen wir uns dafür ein, dass es nicht nur im Bereich der Soft- und Hardware für  
227 die Sicherheitsbehörden mehr Geld gibt, sondern auch für Personal. Wir unterstützen  
228 Bemühungen, wodurch die Sicherheitsbehörden auch finanzielle Unterstützung  
229 bekommen, um höher eingruppierte Stellen schaffen zu können.

### 230 **Kinderpornographie wirksam bekämpfen**

231 Die Zahl der aufgedeckten Fälle sexuellen Kindesmissbrauchs verzeichnet einen massiven  
232 Anstieg und die Dunkelziffer ist noch höher. Die Täter hinterlassen bei ihren Taten im  
233 Internet ihre IP-Adresse. Aktuell wird die IP-Adresse allenfalls wenige Tage bei den  
234 Anbietern gespeichert, sodass die Strafverfolgung allein in Deutschland in den  
235 vergangenen Jahren in tausenden Fällen ins Leere lief. Die temporäre Speicherung von IP-  
236 Adressen ist aus unserer Sicht notwendig und das mit Abstand wirksamste – und oftmals  
237 einzige – Instrument, um die Täter zu ermitteln.

238 Die Ampel-Koalition hat sich in ihrem Koalitionsvertrag selbst Fesseln angelegt, indem sie  
239 sich auf die anlassbezogene Speicherung beziehungsweise das sogenannte „Quick-Freeze-  
240 Verfahren“ beschränkt. Alle Experten machen klar, dass dies keinesfalls ausreicht, um die  
241 Täter zu fassen und vor allem zukünftige Taten zu verhindern. Der Europäische  
242 Gerichtshof (EuGH) hat im letzten Jahr bestätigt: Die Speicherung von IP-Adressen ist  
243 zulässig, gerade bei schweren Verbrechen, wie Kindesmissbrauch.

244 Die Bundesregierung lässt die Schwächsten in unserer Gesellschaft im Stich, wenn sie aus  
245 ideologischen Gründen die Möglichkeiten, die der EuGH gewährt, nicht nutzt. Wir treten  
246 deshalb dafür ein, dass die Gesetzesinitiative zur Speicherung von IP-Adressen im Sinne  
247 der Beschlüsse der Innenministerkonferenz schnellstmöglich umgesetzt wird.



248 Um Kindesmissbrauch und Kinderpornographie wirksam zu bekämpfen, braucht es auch die  
249 Mitwirkung der Online-Dienste und Plattformen. Die Meldung und Erkennung  
250 kinderpornographischer Inhalte stehen hierbei im Zentrum. Das Rückfallrisiko von Tätern  
251 kann durch deren psychotherapeutische Behandlung verringert werden. Die Angebote der  
252 forensischen Ambulanzen müssen ausgebaut werden.

253

254 Darüber hinaus verdienen es die Bemühungen auf europäischer Ebene, auch verschlüsselte  
255 Messengerdienste im Kampf gegen Kinderpornographie auszuwerten, genauer geprüft zu  
256 werden. Wir brauchen geschützte Räume für private Kommunikation. Wenn der  
257 Datenschutz aber zum Täterschutz wird, muss sorgfältig abgewogen werden, welche neuen  
258 Ermittlungsmöglichkeiten eingesetzt werden können und sollen.

### 259 **Kritische Infrastrukturen effektiv schützen**

260 Seit Beginn des Angriffskriegs auf die Ukraine haben wir es mit einer veränderten  
261 Bedrohungslage auf kritische Infrastrukturen zu tun. Aktuelle Vorfälle zeigen, wie  
262 verwundbar kritische Infrastruktureinrichtungen sind. Den Schutz kritischer  
263 Infrastrukturen zu gewährleisten, ist eine Kernaufgabe für Staat und Wirtschaft und ein  
264 zentrales Thema der Sicherheitspolitik Deutschlands. Für den Schutz ihrer Anlagen sind in  
265 erster Linie ihre Betreiber verantwortlich. Das soll auch weiter so bleiben.

266 Den richtigen Rahmen zu setzen, ist wiederum Aufgabe des Staates. Die Bundesregierung  
267 muss schnell eine Risikobewertung vornehmen, ob alle relevanten kritischen  
268 Infrastrukturen unter die aktuelle KRITIS-Definition fallen und inwiefern die  
269 Betreiberpflichten zum Schutz der kritischen Infrastrukturen nachgeschärft werden  
270 müssen. Wir unterstützen grundsätzlich das Vorhaben, das KRITIS-Dachgesetz schnell auf  
271 den Weg zu bringen.

272 Allerdings passt die Ankündigung für ein KRITIS-Dachgesetz keineswegs zu den  
273 erheblichen Einsparungen, die der Haushalt der Ampel-Regierung für das Jahr 2023 im  
274 Bereich der inneren Sicherheit vorsieht.

275 Insgesamt wird für die innere Sicherheit über 1 Milliarde Euro weniger investiert als  
276 gegenüber dem Vorjahr. Gerade in solchen Zeiten, in denen wir momentan leben, ist ein  
277 solches Vorgehen realitätsfern.

## 278 **Katastrophenschutz ist Bevölkerungsschutz**

279 Die von CDU und CSU entfachte Dynamik bei der Neuausrichtung des  
280 Bevölkerungsschutzes und die erheblichen Investitionen in das Technische Hilfswerk  
281 werden durch die Politik der Ampel ausgebremst. Wir müssen unser  
282 Bevölkerungsschutzsystem nicht nur an die veränderte Sicherheitslage und insbesondere  
283 drohenden Angriffe auf unsere kritische Infrastruktur, sondern auch auf anwachsende  
284 Herausforderungen etwa durch Extremwetterereignisse oder Pandemien anpassen.  
285 Deshalb fordern wir Investitionen von insgesamt 10 Milliarden Euro über 10 Jahre in den  
286 Zivil- und Katastrophenschutz und einen Pakt für den Bevölkerungsschutz, mit dem Bund  
287 und Länder diese föderale Gemeinschaftsaufgabe auf allen Ebenen anpacken. Das Land  
288 fordert die Bundesregierung auf, die Lebensmittelnotfallreserve zu verdoppeln.

## 289 **Wertschätzung statt Misstrauen**

290 Als CDU Baden-Württemberg wollen wir diejenigen stützen, die uns schützen. Wir wollen  
291 denjenigen Wertschätzung entgegenbringen, die jeden Tag den Kopf für uns hinhalten.

292 Unsere Sicherheitsbehörden leisten Großartiges und haben es nicht verdient, wie in Berlin  
293 mit ständigem Misstrauen konfrontiert zu werden. Vorwürfe gegenüber der Polizei zu  
294 strukturellem Rassismus sind nicht akzeptabel.

295 Und wir werden auch in Zukunft die Partei der innen Sicherheit bleiben, auf die sich die  
296 Sicherheitsbehörden im Land verlassen können.

## 297 **Eine ganzheitliche Sicherheitspolitik nach außen**

298 Unser Baden-Württemberg gilt im Ländervergleich Europas als dynamischstes  
299 Innovationsland, führend in Spitzentechnologie ebenso wie im Ehrenamt. Europaweit gibt  
300 es keine Region, in der so viele Patente angemeldet werden und in der so viele Menschen  
301 bezogen auf die Gesamtbevölkerung ehrenamtlich aktiv sind.

302 Diese Besonderheit ist nur möglich, weil wir Baden-Württemberger seit Generationen in  
303 der Lage sind, Krisen als Herausforderungen und Chancen zu sehen und sie damit zu  
304 meistern. Gerade in der aktuellen Parallelität von Krisen, die geprägt sind durch globale  
305 Trends, wie notwendige Klimaanpassung, Migration und Integration, technologischen  
306 Wandel oder Digitalisierung, wirkt der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen  
307 die Ukraine mit seinen Folgen wie ein Beschleuniger der aktuellen Veränderungen.

308 Dieser Krieg zeigt, dass innere wie äußere Sicherheit nicht mehr zu trennen sind, sondern  
309 Teil eines ganzheitlichen integrierten Verständnisses von Sicherheit. Denn innere wie  
310 äußere Sicherheit sind unteilbar auch mit sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher  
311 Sicherheit sowie wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit verbunden und mit einer guten

312 Innovationsfähigkeit und Investitionsbereitschaft verknüpft. Auch dieses breitere  
313 Verständnis von Sicherheit gehört zur viel beschworenen Zeitenwende.

314 Zeitenwende heißt aber auch, die Bemühungen der Staaten des Westbalkans, zu stabileren  
315 Verhältnissen zu gelangen, zu unterstützen und diesen Ländern eine Perspektive zu  
316 bieten, wenn diese Bemühungen verlässliche Erfolge zeitigen. Gleichzeitig sollten wir in  
317 aller Klarheit die Erwartung formulieren, dass Länder, die an einem Weg in die Europäische  
318 Union interessiert sind, sich erkennbar ihren Werten verpflichtet fühlen müssen und diese  
319 Werte nicht mit dem vereinbar sind, für was Russland steht. Mit der gleichen Klarheit  
320 sehen wir die völkerrechtswidrige Besetzung eines Teils des EU-Mitgliedslandes Zyperns  
321 als unvereinbar mit einem EU-Beitritt der Besatzer und beobachten sowohl die jüngst  
322 aggressiver werdenden Töne der Türkei gegenüber Zypern, als auch die Blockade eines  
323 Beitritts von Finnland und Schweden mit Sorge.

### 324 **Integrierte Sicherheit im globalen Wettbewerb gewährleisten**

325 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine darf uns nicht die Sicht  
326 darauf verstellen auf andere Herausforderungen, die uns mit Blick auf die zunehmende  
327 Konfliktsituation zwischen China und Taiwan oder hinsichtlich der  
328 Systemauseinandersetzung mit Russland und China auf dem afrikanischen Kontinent  
329 bevorstehen. Wir erleben seit Jahren, dass sich mit dem wirtschaftlichen Aufstieg Asiens  
330 die ökonomischen und politischen Gewichte zunehmend in den indo-pazifischen Raum  
331 verschieben. Diese Entwicklung betrifft Baden-Württemberg mit seiner exportorientierten  
332 Wirtschaft ganz konkret. Um einseitige Abhängigkeitsverhältnisse zu China abzubauen,  
333 müssen wir Lieferketten diversifizieren und neue Absatzmärkte erschließen.

334 Auch durch die Donau-Strategie war unser Blick als exportstärkstes Land der Republik  
335 immer nach außen gerichtet, unser Interesse muss auch künftig ein Deutschland in einem  
336 stabilen und verlässlichen Umfeld sein. Deshalb ist die Unterstützung einer nüchternen  
337 realpolitischen Außenpolitik Deutschlands in einem integrierten, alle Sicherheitssektoren  
338 umfassenden Ansatz grundlegend, um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit auch  
339 langfristig zu sichern. Die erfolgreiche internationale Zusammenarbeit, beispielsweise mit  
340 den Vereinigten Staaten und Neuseeland, muss fortgesetzt und ausgebaut werden.

341 Somit fordern wir als CDU Baden-Württemberg die Bundesregierung auf, die gerade in der  
342 Finalisierung befindliche Nationale Sicherheitsstrategie eng mit den Ländern in  
343 Deutschland abzustimmen. Hier versagt das Bundeskanzleramt völlig, in dem es selbst  
344 nicht willens war, diese Nationale Sicherheitsstrategie zu erarbeiten und mit den Ländern  
345 frühzeitig und umfassend abzustimmen. Das Auswärtige Amt ist eindeutig überfordert  
346 und damit der falsche Partner, diese integrierte Sicherheitsstrategie mit den Ländern  
347 abzustimmen.

348 Denn integrierte Sicherheit ohne starke Länder in Deutschland widerspricht nicht nur dem  
349 föderalen Staatsaufbau unseres Landes, sondern bedarf der Sorgfalt und eines  
350 Fingerspitzengefühls, somit eines besonderen strategischen Ansatzes. Diese fehlerhafte  
351 Entwicklung, verursacht durch die Ampel-Koalition in Berlin, schwächt die Außenwirkung  
352 Deutschlands wie auch unsere innere Sicherheit im internationalen Vergleich. Ohne eine  
353 vernünftige strategische Herangehensweise Deutschlands können die knappen  
354 Ressourcen unseres Landes nicht Interessen- und bedrohungsorientiert gebündelt werden.  
355 Diese Bundesregierung schwächt mit ihrem Vorgehen die Rolle Deutschlands weltweit - in  
356 internationalen Organisationen und besonders in der Europäischen Union, der NATO  
357 sowie den Vereinten Nationen.

### 358 **Cybersicherheit hat höchste Priorität**

359 Für uns als CDU steht fest, äußere und innere Sicherheit müssen zusammengedacht und  
360 betrachtet werden. Cybersicherheit ist dabei fester Bestandteil der digitalen

361 Souveränität Deutschlands. Es gilt, die Voraussetzungen auf nationaler und internationaler  
362 Ebene zu schaffen und weiterzuentwickeln, damit Cyberkriminalität sowie Cyberangriffe  
363 als stetig zunehmender Teil der hybriden Kriegsführung abgewendet werden können. Dies  
364 erfordert eine enge Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft,  
365 Gesellschaft und Wissenschaft und der Stärkung und stetigen Weiterentwicklungen der IT-  
366 Infrastrukturen.

367 Eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende Cybersicherheitspolitik ist eine noch  
368 stärkere und vernetzte Digitalisierung der Verwaltung. Die Bundesregierung ist dazu  
369 aufgefordert, hier schneller tätig zu werden.

370 Eine stringente Cybersicherheitspolitik geht in diesem Zusammenhang mit dem Schutz  
371 kritischer Infrastrukturen einher. Das 5G-Mobilfunknetz in Deutschland und  
372 dessen Ausbau gliedert sich auch in den staatlichen Auftrag zur Gewährleistung des  
373 Schutzes kritischer Infrastrukturen ein. Wir sehen die Bundesregierung vor diesem  
374 Hintergrund in der Verantwortung, die nationale, europäische und  
375 internationale Gesetzgebung umzusetzen, damit Cybersicherheit und die digitale  
376 Souveränität gewährleistet werden. Für uns als CDU Baden-Württemberg ist mit Blick auf  
377 die Gewährleistung des Schutzes kritischer Infrastrukturen zudem klar, dass jeglicher  
378 Einfluss Chinas und anderer Staaten auf Infrastruktur und Wirtschaft einer kritischen  
379 Überprüfung bedarf.

380 Wir dürfen die Augen nicht davor verschließen, dass chinesischer Einfluss auch im Bereich  
381 der Wissenschaft und Forschung einem eindeutigen staatlichen Auftrag  
382 folgt. Technologie- und Wissenstransfer, der in vielen Fällen militärisch genutzt wird,  
383 erfordert eine Debatte der akademischen Welt darüber, nach welchen Regeln eine  
384 Zusammenarbeit mit chinesischen Universitäten und Forschungseinrichtungen  
385 erfolgen soll.